

Executive Summary Das Versanden des Humanitarian Reset

Wie Geberregierungen und Fair-Share-Ansätze Reformen retten können

Ralf Südhoff

Oktober 2025

Eine Krise von „legitimacy, morale, and funding“

Der Sommer 2025 könnte einmal als Meilenstein gelten mit Blick auf die seit vielen Jahren anhaltenden

Versuche, das humanitäre System zu reformieren. Im Lichte des offiziellen Endes von USAID am 1. Juli und damit der bis dato größten Geberinstitution der Welt sollte die Sitzung des Interagency Standing Committee (IASC) im Frühsommer die entscheidenden Weichen für den seit fast sechs Monaten diskutierten *Humanitarian Reset* stellen – einem Reformprozess, der nicht weniger als eine Krise von „*legitimacy, morale, and funding*“ zu meistern hat. Zeitgleich fassten die nach den USA bis dahin größten humanitären Geber, die Europäische Kommission und Deutschland, weitreichende Beschlüsse zu ihrem künftigen humanitären Engagement, während

die an sie gerichteten Erwartungen, die humanitäre Hilfe der Zukunft entscheidend zu gestalten heute größer sind denn je.

Es ist daher ein entscheidender Zeitpunkt, um zu reflektieren, wo die humanitäre Gemeinschaft ein gutes halbes Jahr nach dem verkündeten Stopp aller US-Hilfsgelder steht, welche Reformfortschritte erzielt und welche Hindernisse erkennbar wurden sowie welche Rolle Geberregierungen, internationale und lokale Hilfsorganisationen aus UN und Zivilgesellschaft auf der Akteursebene spielen. Im Lichte der aktuellen Entwicklungen im Spätsommer 2025, den Zwischenständen des übergeordneten UN80 Reformprozesses und der jüngsten sogenannten *Reset Roadmap* gilt es zudem die Frage zu beantworten:

Droht der *Humanitarian Reset* bereits zu versanden?

Geber- repräsentanten sehen nur noch ein Reform- Momentum bis maximal Ende 2025

Die sehr vagen IASC Beschlüsse im vergangenen Sommer, die im August vom United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) aufgestellte *Reset Roadmap* sowie der Status der vielfach kritisierten parallelen UN80 Initiative ver-

deutlichen, dass dies eine reale Gefahr ist. Auch Geberrepräsentanten sehen nur noch ein Reform-Momentum bis maximal Ende 2025.

Um substantielle Reformen noch auf den Weg zu bringen, müssen sowohl Geberregierungen, UN-Agenturen sowie INGOs dringend den Kurs ändern und ihre Hausaufgaben machen, wenn zumindest ein *Reset* oder *Renewal* des Systems erreicht werden soll, von einer teils erhofften *Transformation* ganz zu schweigen. Zugleich sind die Fortschritte aller Akteursebenen miteinander verknüpft:

Geberregierungen, allen voran Deutschland als bisheriger Topgeber, müssen den Druck auf UN wie auch

zivile Hilfsorganisationen verstärken, substantielle Reformen vorzunehmen und Förderentscheidungen von Fortschritten abhängig machen.

Um dies durchzusetzen, sind die Erwartungen zu Recht hoch auch gegenüber den humanitären Gebern selbst, die sich humanitären Prinzipien verbal weiter verpflichten. Nur Regierungen, die ihre eigenen Erwartungen zumindest weitgehend selbst erfüllen – und u.a. keine politische Priorisierung ihrer Hilfen in präzedenzlosen Dimensionen und kein *Race-to-the-bottom* in finanzieller Hinsicht zulassen – werden wirksam humanitäre Akteure zu schmerzhaften Veränderungen bewegen können. „Nur wenn wir ein substantielles, angemessenes Budget aufrecht erhalten, haben wir eine Chance die Reformprozesse zu beeinflussen“, prophezeit ein*e Topgeber-Repräsentant*in.

**Nur glaubwürdige
Geberregierungen
werden
humanitäre
Akteure zu
schmerzhaften
Veränderungen
bewegen können**

Wieviel Hilfe ist angemessen?

Zahlreiche Geberstaaten haben sich entsprechend verpflichtet, die humanitäre Hilfe weiter angemessen oder – in den Worten der neuen deutschen Bundesregierung – „auskömmlich“ zu finanzieren. Zugleich ist ein präzedenzloser Kürzungsprozess humanitärer Budgets nicht nur in den USA, sondern auch in Europa im Gange. Die Frage, was ein angemessenes Budget für eine jeweilige Geberregierung darstellt und wie dies transparent zu definieren wäre, erscheint daher zentral. Zugleich ist sie von keiner Akteursseite bisher transparent definiert worden, anders als beispielsweise im Verteidigungs- oder Entwicklungsbereich gibt es bis heute auch international keine vereinbarten finanziellen Zielmarken oder auch nur eine substantielle Debatte hierzu.

Eine Antwort auf diese offene Policy- und Forschungsfrage erscheint in Zeiten von *Contested Aid* und sich stark verändernden Narrativen umso dringender geboten. Vereinbarungen unter gleichgesinnten Geberregierungen über kriterienbasierte Zielmarken für ihre humanitären Budgets wären daher ein wichtiger Baustein für einen erfolgreichen *Reset* Prozess wie auch die Stabilisierung globaler humanitärer Budgets, weshalb dieses Paper drei mögliche Ansätze zu ihrer Definition darlegt.

Fair-Share-Modelle bieten einen umfassenden sowie rechte- statt almosenbasierten Ansatz

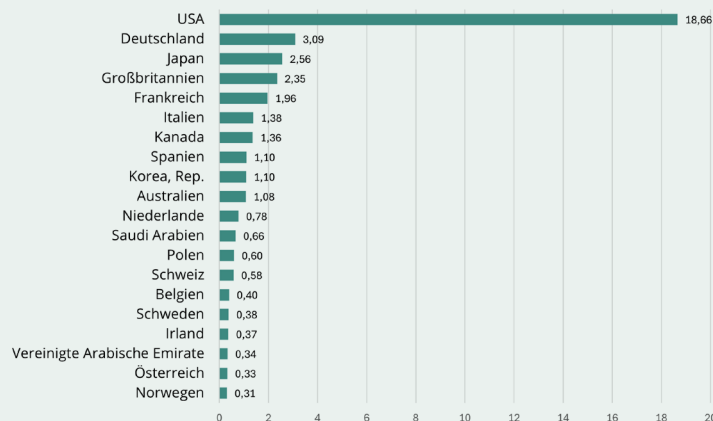
Unter diesen Ansätzen bieten sogenannte Fair-Share-Modelle laut dieser Analyse den umfassendsten sowie einen rechte- statt almosenbasierten Ansatz, um angemessene humanitäre Budgets zu definieren. Zudem

könnten sie Geberregierungen erlauben, sich gegen noch weitergehende Erwartungen beispielsweise aus der Zivilgesellschaft abzugrenzen in Zeiten erratischer Engagements anderer Regierungen.

Festzuhalten ist zugleich: Alle drei vorgestellten möglichen Indikatoren für ein jeweils angemessenes Engagement humanitärer Geber führen zu relativ ähnlichen quantitativen Ergebnissen, was die Glaubwürdigkeit eines kriterienbasierten Budget-Ansatzes weiter stärken kann. Für ein angemessenes humanitäres Budget müsste sich beispielsweise Deutschland in jedem Szenario eine Zielmarke von mindestens 3 Mrd. € pro Jahr setzen (Budget 2025: 1,05 Mrd. €)

Für internationale Hilfsorganisationen aus UN und NGO Kreisen ist aktuell zugleich die Versuchung groß, sich auf Eigeninteressen zu besinnen, die soziale Verantwortung für Mitarbeitende im Globalen Norden zu priorisieren und sich ihre Nische in einem geschrumpften

Fair Share an humanitärem Bedarf 2025 in Milliarden €



Grafik 1: Fair Share an humanitärem Bedarf 2025 in Milliarden Euro, der von Geberländern proportional zum relativen Anteil am BIP aller Geber zu decken ist; Daten: BIP-Daten basierend auf IMF World Economic Outlook Database; Humanitärer Bedarf 2025 basierend auf Daten von OCHA (GHO-Report Stand Juli 2025); Quelle: CHA-Berechnungen.

humanitären System zu sichern. Wie gefährlich ein solcher Ansatz sein könnte, zeigt sich bereits im Wegbrechen lokaler Strukturen und Partnerschaften sowie einer ausbleibenden Partizipation im Reformprozess just jener Akteure, die bislang am meisten unter ihnen leiden: die betroffenen Bevölkerungen und lokale Helfer*innen. Zudem beginnt bereits programmatisch ein *Race-to-the-bottom*, in dem von mancher Geberseite stark kritisierte Programme und Policies etwa im Kontext von Klimawandel, Gender, Inklusion teils von internationalen Hilfsorganisationen de-priorisiert oder verbal negiert werden. Kollektive Prozesse, Koordinationsforen etc. werden zugleich de-priorisiert, während sie für das Verteidigen gemeinsamer roter Linien zentral sind.

Dennoch kann die erhoffte substantielle Reform der humanitären Hilfe noch gelingen, wenn zentrale Akteure einen Kurswechsel vornehmen. Dafür muss das disruptive USAID Krisenmomentum ein Umdenken auslösen, um zumindest gewisse Eigeninteressen schmerzhaft zurückzustellen und so eine noch weitreichendere Finanz- und Legitimitätskrise der humanitären Gemeinschaft zu Lasten aller Akteure und Hunderten von Millionen Menschen in Not zu verhindern. Insbesondere Geberregierungen sind hierzu gefragt, Reformen durchzusetzen auf Basis eines eigenen finanziellen Engagements, das einem *Fair-Share*-Ansatz entspricht. Gelingt dieser Kurswechsel jedoch nicht, droht künftig der Sommer 2025 nicht nur für das offizielle Ende von USAID, sondern bereits für das Ende des *Humanitarian Reset* zu stehen.